

Zitat des Tages

Im Informationskrieg, in dem wir uns derzeit befinden, spielt die Deutsche Welle eine wesentliche Rolle, etwa in der Berichterstattung über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Barbara Massing, seit dem 1. Oktober Intendantin der Deutschen Welle, am Mittwoch in einem dpa-Interview über das Selbstverständnis des deutschen Auslandssenders

Nord Stream 2: Zertifizierung möglich

Berlin. Das Bundeswirtschaftsministerium hält offenbar eine Weiterführung des Zertifizierungsverfahrens für das Pipelineprojekt Nord Stream 2 für prinzipiell möglich. »Grundsätzlich kann eine Wiederaufnahme des ruhenden Verfahrens aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums mittelfristig nicht ausgeschlossen werden«, heißt es demnach in einer Antwort des Ministeriums an die Deutsche Umwelthilfe, aus der am Mittwoch der *Tagespiegel* zitierte. Eine Zertifizierung ist die rechtliche Voraussetzung für eine Inbetriebnahme. Das Zertifizierungsverfahren war am 16. November 2021 vorläufig ausgesetzt worden. Die EU hat in ihrem 18. Sanktionspaket gegen Russland am 18. Juli 2025 ein vollständiges »Transaktionsverbot« für Nord Stream 2 verhängt, um eine künftige Nutzung auszuschließen.

(AFP/W)

Junge Ukrainer: Anträge verzehnfacht

Berlin. Die Zahl in Deutschland schutzsuchender junger ukrainischer Männer hat sich verzehnfacht, seit Kiew dieser Gruppe im August die Ausreise erlaubt hat. »Die Aufhebung des Ausreiseverbots hat in Deutschland für die Gruppe von ukrainischen Männern zwischen 18 und 22 Jahren zu einer Zunahme von Schutzgesuchen nach Paragraph 24 Aufenthaltsgesetz von etwa 100 pro Woche vor Inkrafttreten der Regelung auf derzeit circa 1.000 pro Woche geführt«, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Mittwoch.

(dpa/iw)

Scheinkampf um den Wehrdienst

Koalition weiter uneins bei Wehrpflicht. Pistorius will an flächendeckender Erfassung festhalten. Berichte über Streit in der SPD-Fraktion. Von Philip Tassev



Auch auf der Computerspielmesse »Gamescom« wirbt die Bundeswehr regelmäßig um neue Rekruten (Köln, 21.8.2025)

Das hat sich Boris Pistorius sicherlich anders vorgestellt. Ausgerechnet sein »Wehrdienstmodernisierungsgesetz« ist zu dem aktuellen Streitthema der Regierungskoalition geworden. Eine geplante gemeinsame Pressekonferenz dazu war am Dienstagabend überraschend abgesagt worden. Aber auch innerhalb der SPD soll es zu Krach gekommen sein: Verteidigungsminister Pistorius soll *Bild* zufolge bei der Fraktionssitzung am Dienstag nachmittag einen »Wutanfall« gehabt haben, gerichtet gegen die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Siemtje Möller.

Die hatte zuvor mit der Union ein Losverfahren für die Musterung ausgehandelt. Aufbauend auf dem Fragebogenmodell von Pistorius sieht es vor, junge Männer per Los zur Musterung

einzubestellen, wenn sich nicht genug Freiwillige melden. Der Eintritt in die Streitkräfte soll aber freiwillig bleiben. Der Verteidigungsminister will alle Männer eines Jahrgangs mustern lassen. Sein Gesetzentwurf sieht vor, ab 1. Juli 2027 jährlich rund 300.000 junge Männer zu erfassen, um »im Ernstfall« zu wissen, wen er in den Krieg schicken kann.

Am Mittwoch bemühte sich Pistorius dann um Schadensbegrenzung: Ja, er habe bei der Fraktionssitzung am Dienstag »erhebliche Bedenken« geäußert, sagte er nach einer Sitzung des Verteidigungsausschusses. Und »ja, ich habe von einem faulen Kompromiss gesprochen«. Das sei aber »alles weit weniger dramatisch, als es gerade gemacht wird«. Es sei bei inhaltlichen Auseinandersetzungen oder Verfahrensfragen »doch völlig

normal«, wenn es »mal rumpelt«. Der Streit um das Dienstmodell habe keine Auswirkungen auf den Zeitplan und »die Stimmung« in der Koalition. Das »gute Arbeitsklima« in der Regierung bestehe weiter und auch das Ziel, »dass das Gesetz zum 1. Januar in Kraft tritt«, bleibe. »Von daher ist bislang überhaupt kein Schaden eingetreten.« Man habe lediglich eine Woche Zeit verloren und werde jetzt »ganz normal« das Gesetz beraten. Ursprünglich sollte der Gesetzentwurf vergangene Woche im Bundestag beraten werden, der Tagesordnungspunkt wurde dann aber auf diesen Donnerstag verschoben.

Daran will die Koalition bislang festhalten. »Wir wollen unbedingt in dieser Woche in die erste Lesung«, sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann in der ZDF-Sendung »Markus Lanz«.

Auch Unionsfraktionschef Jens Spahn bestätigte das am Mittwoch gegenüber *dpa*. »Wir werden den Entwurf diese Woche im Deutschen Bundestag einbringen und weiter verhandeln.«

Dabei bestehen in dieser Frage zwischen SPD und Union gar keine prinzipiellen Unterschiede. Beide wollen die Bundeswehr im großen Stil aufrüsten und personell aufstocken und stellen dafür gemeinsam in den nächsten Jahren Hunderte Milliarden Euro bereit. Nur bei der Frage nach dem Weg zum Aufbau der »stärksten Armee Europas« gibt es Unstimmigkeiten. Das Wehrdienstmodell, das der Verteidigungsminister im Sommer vorgestellt hatte, sieht vor, es erst einmal mit Freiwilligen zu versuchen – einerseits aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, insbesondere in der Jugend, andererseits aus ganz einfachen materiellen Gründen. Sowohl Pistorius als auch der Generalinspekteur der Bundeswehr haben mehrfach darauf hingewiesen, dass für eine flächendeckende Wiedereinführung der Dienstpflicht die Kasernen und Ausbilder fehlen, zudem die zur Wehrfassung nötige Infrastruktur nicht mehr vorhanden ist und erst wieder aufgebaut werden muss.

Politiker von CDU und CSU haben in der Vergangenheit auf eine raschere Rückkehr zur Wehrpflicht gedrängt und auch ein »gesellschaftliches Pflichtjahr« für Männer und Frauen ins Gespräch gebracht. Aber offenbar hat inzwischen selbst CSU-Chef Markus Söder begriffen, dass die Bundeswehr in ihrem jetzigen Zustand gar nicht in der Lage ist, Hunderttausende von Rekruten zu absorbieren. »Ich glaube, dass es wichtig ist, mit Freiwilligkeit zu beginnen, aber irgendwann braucht es auch Pflichtelemente, vielleicht weniger durch Losverfahren, vielleicht durch andere Entwicklungen«, sagte er am Mittwoch beim Besuch einer Kaserne bei Nürnberg.

Die Rechtsaußenoption

Union: Rufe nach »konditionierter Gesprächsbereitschaft« gegenüber AfD

In der Union wird zunehmend offen über ein Ende der strikten Abgrenzung von der AfD auf Bundes- und Länderebene diskutiert. Im Magazin *Stern* plädierten am Mittwoch drei ehemals einflussreiche Akteure für einen anderen Umgang mit der AfD: der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der ehemalige Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und der einstige Vorsitzende der CDU-Grundwertekommission Andreas Rödder. Offensichtlich ist dieser Vorstoß von »Ehemaligen« ohne

Ämter als Türöffner angelegt, um anderen Parteifreunden, denen es darum geht, die Optionen für eine parlamentarische Zusammenarbeit nach rechts zu erweitern, die Möglichkeit zu geben, gefahrlos aus der Deckung zu kommen.

Tauber, Generalsekretär in der Hochphase der Merkel-Ära zwischen 2013 und 2018, sagte dem Magazin, die »derzeitige Stigmatisierung« helfe der AfD. Die Union solle deshalb »über eine neue Politik der roten Linien nachdenken, die es dann aber auch erlaubt, Beschlüsse zu fassen«, denen die AfD

zustimmen könne, ohne dass gleich »die Nazikeule geschwungen wird«. Es drohe sonst eine »parlamentarische Blockade«. Rödder erklärte, die Union müsse der AfD »das eigene Spiel« aufzwingen und ihr eine »konditionierte Gesprächsbereitschaft« signalisieren. Wenn die AfD rote Linien einhalte und sich klar »von rechtsextremen Positionen und Figuren abgrenzt«, sei es den Versuch wert, »das Gespräch zu suchen und eine harte Auseinandersetzung in der Sache zu führen«.

Guttenberg sagte, »Entzauberung« gelinge »nicht durch Boykott«. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 2026, bei denen die AfD jeweils deutlich stärkste Partei werden könnte, empfahl er der CDU, sich über Minderheitsregierungen Gedanken zu machen.

Kürzlich erst hatte Unionsfraktionschef Jens Spahn gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* geklagt: »Deutschland wählt seit zehn Jahren in Mehrheit Mitte-rechts, wird dann aber von Mitte-links-Regierungen regiert.« Im *Stern* heißt es dazu, Spahn stehe bei einigen in der CDU-Spitze unter Ver-

dacht, solche Mehrheiten einmal selbst anführen zu wollen. Spahn habe sich jüngst persönlich dafür eingesetzt, den »Thinktank« von Rödder aus Bundesmitteln zu fördern, was im Kanzleramt »irritiert« zur Kenntnis genommen worden sei. Der *Stern* will auch vernommen haben, dass in den »Salons derer von und zu« »neuerdings« die Frage zu hören sei, warum man die AfD nicht einmal zeigen lasse, was sie könne.

Der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Daniel Günther widersprach derweil dem Trio im *Stern*: »Wir haben eine klare Haltung gegenüber der AfD, an der wir sich nichts ändern.« Auch die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Karin Prien wandte sich gegen den Vorstoß. Die CSU-Spitze, die in Bayern unter dem Druck steigender Umfragewerte für die AfD steht, wies die Forderungen ebenfalls zurück. »Die CSU schließt jede Kooperation mit der AfD aus«, sagte Generalsekretär Martin Huber gegenüber *dpa*. Eine solche Kooperation »würde Deutschland schaden und die Union zerstören«.

Kristian Stemmler

Täglich gratis:
Das Beste aus
junge Welt

Hier bestellen:
jungewelt.de/eintragen

NEWSLETTER

Links & BÜNDIG

GEGEN RECHTE BÜNDE